



Sozialplanung, Sozialberichterstattung

Hausadresse:
Eberhardstraße 33, 70173 Stuttgart

Postadresse:
70161 Stuttgart

Bearbeiter: Jan Peter
Telefon: 0711 216-59152
Zimmer: 323, 3. OG
Fax: 0711 216-59156
E-Mail: jan.peter@stuttgart.de

Stuttgart, 19. Januar 2015

Stuttgarter Fokus-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK Arbeitsgruppe 2 „Assistenz“ – 2. Sitzung am 15.01.2015 Protokoll

1. Begrüßung, Ablauf und Protokoll

Simone Götz (Breuninger-Stiftung) begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Generationenhaus Heslach und erläutert den Ablauf der Arbeitsgruppensitzung.

Ziel des Treffens ist eine Konkretisierung der Ergebnisse der ersten Sitzung. Sie soll die Grundlage bilden für den Entwurf des Arbeitsgruppenergebnisses, das in der dritten Sitzung diskutiert und verabschiedet wird.

Zum Protokoll der letzten Sitzung gab es eine Anmerkung: Der Auftrag der Gruppe an das Sozialamt, eine kurze Einführung zum Thema Assistenz zu geben, wird um den Zusatz ergänzt, dass diese Einführung eine Differenzierung des Begriffes zum Inhalt hat. Die Arbeitsgruppe beschließt das Protokoll mit dieser Änderung. Es wird auf der Seite www.stuttgart-inklusiv.de veröffentlicht.

2. Thematische Einführung und Diskussion

Walter Tattermusch gibt eine kurze Einführung in den Begriff Assistenz (siehe Anhang). Anschließend finden sich die Arbeitsgruppenteilnehmer in Kleingruppen zusammen und diskutieren das Thema. Fragen und Ergänzungen werden gesammelt und anschließend dem Plenum präsentiert.

Folgende Punkte werden dabei genannt:

Gruppe 1:

- Finanzielles Korsett der Assistenz verhindert Teilhabe von Menschen mit Behinderung
- Mangelnde Professionalität und Ausbildung von Schulassistenz

- In der Einführung fehlt die Assistenz für Ausbildung

Gruppe 2:

- Bei der Budgetassistenz fehlen Richtlinien, die deren Umfang regeln. Verpflichtende Richtlinien zum SGB IX sind nötig.
- Kurzzeiteinsätze müssen angeboten und finanziert werden. Die Stadt muss ihre Regelungsmöglichkeiten nutzen
- Die Stadt soll sich dafür einsetzen, dass die Finanzierung von persönlicher Assistenz beim Bundesteilhabegesetz keine entscheidende Rolle spielt (finanzielle Bedenken müssen zurückgestellt werden)

Gruppe 3:

- Wie sieht die Praxis einer „Kombileistung“ aus?
- Haben Menschen mit Behinderung das Wahlrecht (Mehrkostenvergleich)?
- Die Plattform des Projekts machen-wir-was.de muss ausgebaut und differenziert werden (professionelle Assistenz/ Ehrenamt).

Die Arbeitsgruppe spricht außerdem das Problem des unterschiedlichen Sprachgebrauchs an. Mit dem Begriff „Assistenz“ sind u.U. ganz unterschiedliche Dinge gemeint. Da dieses Problem aber nicht von der Gruppe bearbeitbar ist, wird es im Text des Aktionsplans beschrieben und der Ergebnispräsentation vorangestellt.

3. Klärung von Zuständigkeiten und weiterem Vorgehen

Die Arbeitsgruppe diskutiert die genannten Punkte und einigt sich auf folgende Ergebnisse.

- a.) Das Projekt machen-wir-was.de befindet sich aktuell in einer Testphase, die im Dezember 2015 endet. Die Arbeitsgruppe hält dieses Projekt für sinnvoll und notwendig und empfiehlt, es bei ausreichender Nachfrage durch ehrenamtliche Nutzerinnen und Nutzer über den Projektstatus hinaus weiterzuführen. Sozialamtsleiter Stefan Spatz erklärt, dass es seitens des Sozialamts ebenfalls großes Interesse an einer Weiterführung des Projekts gibt. Die Finanzierung sei aber noch ungeklärt.

Die Arbeitsgruppe spricht sich für eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt aus, um mehr ehrenamtliche Nutzerinnen und Nutzer zu gewinnen.

- b.) Für das Problem, dass Assistenzkräfte vor allem für Empfänger von Sozialhilfe oder Bezieher geringerer Einkommen oft nicht bezahlbar sind, werden mehrere Lösungsansätze diskutiert.

Das Sozialamt (Sozialamtsleiter Stefan Spatz) sichert zu, dass auch künftig im Rahmen von Einzelfallentscheidungen die Ermessensspielräume des Sozialamtes im Sinne der Leistungsberechtigten geprüft werden.

Auch können ehrenamtliche Assistenzen einige Aufgaben übernehmen, die keine professionelle Ausbildung erforderlich machen. Neben dem Projekt machen-wir-was.de kommen hierfür auch Ansätze wie das Freiwilligenzentrum Kaleidoskop des Caritasverbandes für Stuttgart e.V. oder das Projekt Inklusionsbegleiter des bhz Stuttgart e.V. in Frage.

Wolfgang Klenk (Breuninger Stiftung) schlägt vor, Assistenz für politisches Engagement durch die Budgets der jeweiligen Gremien zu finanzieren, an denen ein Mensch teilnimmt, der diese Assistenz benötigt. Hierbei handelt es sich um eine Querschnittsaufgabe aller Geschäftskreise der Stadtverwaltung.

- c.) Die Anregung Kurzzeiteinsätze (wieder) zu ermöglichen, wird von den Vertretern des Sozialamtes weitergeleitet und geprüft. Bis zur nächsten Sitzung soll hierzu eine erste Tendenzaussage möglich sein.
- d.) Die Frage der Schulassistenz wird an Arbeitsgruppe 5b weitergegeben
- e.) Die Frage des Wunsch- und Wahlrechts vor dem Hintergrund des Finanzierungsvorbehalts ist nach Aussage von Sozialamtsleiter Stefan Spatz nicht pauschal zu beantworten. Hier spielen individuell sehr verschiedene Rahmenbedingungen eine Rolle, bei der Beurteilung der Angemessenheit handelt es sich um Einzelfallentscheidungen.
- f.) Sogenannte Kombileistungen sollen transparenter gemacht werden. Das Sozialamt sagt zu, die wichtigsten Informationen zum Verfahren eines Persönlichen Budgets auf einem Infoblatt zusammen zu fassen und zu veröffentlichen.
- g.) Zur Frage des Regelungsbedarfs der Budgetassistenz werden zur Folgesitzung nähere Informationen des Sozialamtes vorgestellt.

Die Arbeitsgruppe einigt sich auf eine Struktur, die das Arbeitsergebnis haben soll, das in der Folgesitzung verabschiedet wird. Nach einer allgemeinen Vorbemerkung zum Thema der Arbeitsgruppe, die grundsätzliche Empfehlungen enthält, werden in einem zweiten Teil konkrete Forderungen beschrieben. Diese Forderungen werden in unterschiedliche Adressaten aufgeteilt. Zu diesen Adressaten gehören das Sozialamt, der Gemeinderat sowie weitere Ebenen (Land, Bund).

Die Moderation schlägt vor, dass sie bis zur nächsten Sitzung herausarbeitet, welche der gemeinsam gefundenen Themen noch offen sind und zugleich Vorschläge macht, wie diese in einen Abschlusstext Eingang finden. Die Arbeitsgruppe stimmt diesem Vorschlag zu.

Verantwortlich für das Protokoll: Jan Peter